

Zug, 10. Juni 2026

Interpellation zur Zugänglichkeit von e.Tax Zug und AGOV

Der Kanton Zug hat 2025 eine neue Steuersoftware eingeführt. Für die Identifikation ist neu die Verwendung der AGOV-App nötig. Die Verwendung von AGOV als Nachfolger des CH-LOGIN, einer gemeinsamen Authentifizierungsinfrastruktur für staatliche Dienste, ist nachvollziehbar. Das Problem liegt in der Umsetzung, beziehungsweise in der Zugänglichkeit dieser Lösung.

Wer die neue Steuersoftware nutzen will, braucht entweder ein Smartphone mit originalem iOS oder Android (alternative oder modifizierte Betriebssysteme sind ausdrücklich nicht zugelassen) oder einen physischen Sicherheitsschlüssel. Für die Verwendung dieser Schlüssel empfiehlt die offizielle AGOV-Dokumentation dann explizit Google Chrome oder Microsoft Edge. Firefox als quelloffenes System wird als unzuverlässig bezeichnet. Wer kein, oder ein gehärtetes/modifiziertes Smartphone hat, und keinen der beiden grossen US-Browser installieren will oder kann, steht, wenn nicht vor einer Sackgasse, dann aber doch vor einer grösseren Hürde.

Der Zugang zur Steuererklärung ist für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons obligatorisch. Ein staatliches System, das bestimmte Nutzergruppen auf proprietäre Betriebssysteme und Browser zweier US-Konzerne verweist, schafft eine Abhängigkeit, die der Kanton aktiv mitverantwortet. Es sei auch für die Beantwortung der Fragen vorweggenommen, dass der Verweis darauf, dass die Steuererklärung ja auch weiterhin 'sicher' auf Papier und Briefpost vorgenommen werden könne, für eben genau diese Bürgerinnen und Bürger, welche sich mit digitalen Sicherheitsthemen aktiv auseinandersetzen, schon fast einer Provokation gleichkommt.

Die Tendenz der Technologiebranche zu geschlossenen Ökosystemen ist bekannt. Wer sich diesem System entzieht, sei es aus Überzeugung, aus Sicherheitsüberlegungen oder schlicht aus Kostengründen, dem wird das staatliche Login erschwert. Der Verweis auf "erhöhte Sicherheitsanforderungen" rechtfertigt das eben nur unvollständig: Sicherheit und Offenheit schliessen sich technisch nicht aus. Quelloffene Systeme werden in vielen sicherheitskritischen Umgebungen gerade wegen ihrer Transparenz und Kontrollierbarkeit bevorzugt.

Unbestritten ist AGOV eine Verbundlösung von Bund und Kantonen, und der Kanton Zug hat damit keinen direkten Einfluss auf die systemische Ausgestaltung. Aber durch die Auswahl und die Einführung dieser Lösung trägt er die Mitverantwortung, dass die Zugänglichkeit für die gesamte Bevölkerung gewährleistet wird.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass mit der Einführung der neuen Steuersoftware und der damit verbundenen AGOV-Pflicht Personen, die quelloffene Betriebssysteme/Browser oder alternative Geräte verwenden, der digitalen Zugang zur Steuererklärung erschwert wird?
2. Hat der Kanton Zug im Rahmen der Einführung geprüft, ob AGOV die volle technologische Bandbreite der Bevölkerung abdeckt, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

3. Welche Anforderungen an Anbieter-Offenheit und digitale Souveränität hat der Kanton Zug bei der Einführung der neuen Steuersoftware und bei der Auswahl von AGOV als Zugangslösung gestellt, und wurden diese Anforderungen erfüllt?
4. Ist der Regierungsrat bereit, gegenüber dem Bund und den anderen am AGOV-Verbund beteiligten Kantonen auf eine vollständige Kompatibilität mit quelloffenen Betriebssystemen und Browsern hinzuwirken?

Weitere Fragen bezüglich digitaler Souveränität werden mit Geschäft 4095: «Berichts-Motion betreffend digitale Souveränität des Kantons Zug - Abhängigkeiten, Risiken und Strategie» behandelt.

Für eine rasche und konstruktive Beantwortung der Fragen danken wir herzlich.

Beni Wattenhofer
Fraktion Alternative - die Grünen